

„Défense paradoxale“

Das Weißbuch zur Verteidigung und nationalen Sicherheit

Thomas Siemes*

» Auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bemüht sich Präsident Sarkozy um einen „Bruch“ mit der Vergangenheit. Eine von ihm eingesetzte Kommission erarbeitete Vorschläge zur Anpassung an eine veränderte Weltlage. Ereignisse der letzten Monate haben die Notwendigkeit von Reformen noch einmal gezeigt, gleichzeitig haben Sarkozys Ankündigungen Unruhe in den französischen Streitkräften ausgelöst. In der Gesellschaft wächst derweil die Kritik an den Auslandseinsätzen der Armee.

Zum dritten Mal nach 1972 und 1994 liegt seit Juni 2008 ein französisches Weißbuch zur Verteidigung vor. Während sich das Weißbuch von 1972 auf die Abschreckung und die Unabhängigkeit der französischen Verteidigungspolitik konzentrierte, zog man 1994 Lehren aus den ersten Militärinterventionen nach dem Ende des Kalten Krieges. Priorität hatte hierbei die Fähigkeit, militärische Macht außerhalb der eigenen Landesgrenzen einzusetzen und bei multilateralen Operationen mitwirken zu können. Um diese Ziele zu erreichen, vollzog sich unter Jacques Chirac mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ein tiefgreifender Wandel des französischen Verteidigungsapparates und der Militärpolitik.

Mit entsprechender Neugier wurde daher das am 17. Juni 2008 vorgestellte „Weißbuch zur Verteidigung und nationalen Sicherheit“ erwartet. Eine im August 2007 eingesetzte 35-köpfige Kommission aus Verwaltungsbeamten, Politikern und Experten unter der Leitung von Jean-Claude Mallet unterbreitet darin Empfehlungen, die Frankreichs Sicherheit, nationale Interessen und Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt nach dem 11. September 2001 gewährleisten sollen: Da die Wahrscheinlichkeit von klassischen konventionellen Kriegen gering sei, drohten nun vor allem vielschichtige und miteinander verknüpfte

Risiken und Unsicherheiten, wie Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Raketen und neuen Technologien, Angriffe auf wichtige Informationssysteme, organisierte Kriminalität, aber auch Klimawandel, Naturkatastrophen und Pandemien. Gegen diese neuen Gefahren könne Frankreich nicht mehr nur mit militärischen Mitteln verteidigt werden, das Weißbuch fordert deshalb eine zunehmende Verknüpfung von innerer und äußerer Sicherheit.

Die Sicherheit Frankreichs soll dabei künftig von fünf Säulen getragen werden: Wissen und Vorausschau (*connaissance et anticipation*), Schutz (*protection*), Abschreckung (*dissuasion*), Prävention (*prévention*), und Intervention (*intervention*). Die französische Bevölkerung und das Staatsgebiet müssen vor den neuen Bedrohungen geschützt werden. Hierbei kommt dem Konzept der „*résilience*“ besondere Bedeutung zu: die Behörden und die französische Gesellschaft müssen in der Lage sein, auf eine größere Krise zu reagieren und schnell das normale Funktionieren des Staates wiederherzustellen. Die nukleare Abschreckung bleibt weiterhin von zentraler Bedeutung, um einen Angriff anderer Staaten zu verhindern. Krisen sollen bereits im Vorfeld verhindert und, wenn dies nicht gelingt, durch zivile und militärische Interventionen beendet werden. Geographischer

* Thomas Siemes ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre der Universität Trier.

Schwerpunkt der französischen Konfliktprävention und Krisenintervention ist hierbei ein „Krisenbogen“ vom Atlantik über den Nahen und Mittleren Osten bis zum Indischen Ozean, wobei Asien im Vergleich zu früher stärkere Bedeutung gewinnt. Afrika, Osteuropa und der Balkan sollen jedoch nicht vernachlässigt werden. Neu ist die Betonung der Informationsgewinnung und -verarbeitung: Nur wer über das notwendige Wissen verfügt, kann entschieden und eigenständig handeln. Dazu wird eine Verbesserung der Fähigkeiten zur Nachrichtengewinnung und Aufklärung angestrebt. Besonders im Bereich Satellitenaufklärung sollen die Ausgaben von derzeit 380 Millionen Euro in den nächsten Jahren verdoppelt werden. Empfohlen wird zudem die Gründung eines Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (*Conseil de défense et de sécurité nationale*), in dem unter Vorsitz des Staatspräsidenten Premier-, Außen-, Innen-, Verteidigungs-, Finanz- und Wirtschaftsminister regelmäßig zusammenkommen, um über sicherheitspolitische Themen zu beraten und Entscheidungen zu treffen. Unterstützt wird er durch einen Nationalen Aufklärungsrat (*Conseil national du renseignement*) und einen Geheimdienstkoordinator.

Um die militärische Handlungsfähigkeit zu verbessern, werden massive Personalreduktionen und Standortschließungen vorgeschlagen. In den nächsten sechs Jahren sollen 54 000 Arbeitsplätze im zivilen und militärischen Bereich abgebaut werden. Das französische Heer wird künftig nur noch 131 000, die Luftwaffe 50 000 und die Marine 44 000 Dienstposten umfassen – die Streitkräfte sollen quasi gesundgeschrumpft werden. Durch die geplanten Einsparungen müssen Mittel freigesetzt werden, um die Armee für die strategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auszurüsten zu können. Von 2009 bis 2020 werden die Aufwendungen für Neuanschaffungen von durchschnittlich 15,5 auf 18 Milliarden Euro erhöht. Bis 2020 sollen insgesamt 377 Milliarden Euro für die Verteidigung ausgegeben werden.

Dass bezüglich der Ausrüstung tatsächlich nicht alles zum Besten steht, hatte bereits die Befreiung der vor Somalia entführten französischen

Luxus-Yacht „*Le Ponant*“ durch ein französisches Spezialkommando im April 2008 gezeigt. Die Operation war zwar erfolgreich und die flüchtigen Seeräuber konnten in einem spektakulären Hubschraubereinsatz gefangen genommen werden. Allerdings kam es bei der Vorbereitung und im Verlauf der Aktion zu zahlreichen Pannen und Ausfällen bei den eingesetzten Schiffen und Flugzeugen, die auf das hohe Alter der Ausrüstung und des Materials zurückzuführen waren.

Zukünftig soll das französische Heer über modern ausgerüstete und hochmobile Einsatzkräfte (*Force Opérationnelle Terrestre*) mit 88 000 Soldaten verfügen, die in der Lage sind, gleichzeitig eine Operation mit 30 000 Soldaten in einem Radius von 8 000 Kilometern durchzuführen und eine 5 000 Mann starke Reserve sowie eine Truppe von 10 000 Soldaten in Bereitschaft zu halten, die im

Falle eines nationalen Notfalls eingesetzt werden kann. Unterstützt werden sie künftig von einer Flotte von insgesamt 300 Kampfflugzeugen (Luftwaffe und Marine) vom Typ *Rafale* und *Mirage 2000-D*, wobei 70 Kampfflugzeuge für

den Einsatz außerhalb Frankreichs und zusätzlich 10 Flugzeuge in ständiger Bereitschaft zur Verfügung stehen sollen. Hinzu kommen eine Flugzeugträger-Kampfgruppe, sechs nukleare Angriffs-U-Boote und 18 Fregatten. Auf die geplante Anschaffung eines zweiten Flugzeugträgers wird vorerst verzichtet, da dieser geschätzte 3,5 Milliarden Euro kosten und damit einen Großteil des Verteidigungshaushaltes beanspruchen würde. Priorität bei der Beschaffung militärischer Ausrüstung hat die Verbesserung der Transportkapazitäten, der Schutz der Soldaten durch gepanzerte Transportfahrzeuge (VBCI) und Infanterie-Kampfanzüge (Typ *Félin*) sowie die Aufklärung (Drohnen und Satelliten).

Neben diesen Maßnahmen betont das Weißbuch auch die Notwendigkeit einer politischen Neuausrichtung der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wie bereits von Präsident Sarkozy im Februar 2008 angekündigt, sollen die bisherigen Verteidigungs- und Militärabkommen mit afrikanischen Staaten überprüft und

„Die Streitkräfte sollen quasi gesundgeschrumpft werden.“

offengelegt werden. Ein Sonderbotschafter des Präsidenten hat diesbezüglich schon mit Konsultationen in den afrikanischen Hauptstädten zur Revision der Verteidigungsbündnisse begonnen. Auch die Truppenpräsenz in Afrika soll verringert werden und sich künftig auf Stützpunkte an der Ost- und Westküste des Kontinents (Dschibuti und Senegal) sowie in Gabun beschränken.

In der Tradition französischer Außenpolitik steht die Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. In Anlehnung an die bereits 1999 in Helsinki getroffenen Beschlüsse fordert das Weißbuch eigenständige Planungs- und Führungsfähigkeiten und eine 60 000 Mann starke Kriseninterventionstruppe, die in der Lage sein soll, zwei oder drei friedenserhaltende oder friedenssichernde Operationen gleichzeitig durchzuführen. Zudem wird empfohlen, ein gemeinsames europäisches Weißbuch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwerfen und die Kooperation im Rüstungsbereich zu vertiefen. Ziel ist es, die EU zu einem der Hauptakteure im zivilen und militärischen Krisenmanagement zu machen.

Rückkehr in die NATO?

Als möglicherweise wichtigster Schritt wird schließlich eine vollständige Rückkehr Frankreichs in die NATO empfohlen. Dieser Schritt geschieht zum einen vor dem Hintergrund der dramatischen Veränderungen in den internationalen Beziehungen und soll zum anderen Misstrauen über die „europäische Ambition“ Frankreichs bei den Partnern in Europa und den USA abbauen und somit den Aufbau einer europäischen Verteidigung fördern. Auch hier hatte Sarkozy bereits die Richtung vorgegeben, als er mehrmals über eine Rückkehr in die integrierte Struktur der NATO sprach, die vermutlich beim Gipfel in Straßburg und Kehl im April 2009 offiziell verkündet wird. Obwohl Frankreich bereits seit Mitte der 1990er Jahre wieder verstärkt in den Gremien der Atlantischen Allianz aktiv ist und mehr als 4 000 französische Soldaten an NATO-geführten Operationen teilnehmen, wird dieser Schritt in weiten Teilen der französischen Gesellschaft mit großer Skepsis ge-

sehen und als Unterwerfung unter amerikanische Bevormundung kritisiert. Allerdings würden einige der Prinzipien im Umgang mit der Atlantischen Allianz, die seit dem Austritt aus der integrierten Struktur 1966 Gültigkeit haben, erhalten bleiben: Nach Ansicht der Kommission muss weiterhin die nukleare Unabhängigkeit und die strategische Entscheidungsfreiheit Frankreichs bewahrt werden, zudem sollen französische Truppen in Friedenszeiten nicht ständig der NATO unterstellt sein.

Kritik an der Rückkehr in die NATO kam besonders aus Reihen des *Parti socialiste* (PS). Sie sei Ausdruck einer „atlantische Obsession“ Sarkozys und der „Hauptfehler“ des neuen Weißbuchs. So sei unklar, welche Vorteile eine komplette Rückkehr für Frankreich tatsächlich hat. Zudem seien die im *livre blanc* gezogenen Schlüsse nicht an politischen und militärischen Notwendigkeiten, sondern an Haushaltszwängen orientiert. Zwei Mitglieder der Mallet-Kommission, eine Abgeordnete und ein Senator des PS, traten im April 2008 aus Protest gegen die Regierung zurück. Sie kritisierten, dass die Kommission nicht eigenständig arbeite, sondern nur bereits von Sarkozy getroffenen Entscheidungen wie zum Beispiel die Rückkehr in die NATO, die Eingliederung der Gendarmerie ins Innenministerium oder die Gründung eines ständigen Militärstützpunktes in Abu Dhabi übernehme und umsetze.

Auch hohe Offiziere, die gewöhnlich nicht öffentlich Stellung zu politischen Entscheidungen nehmen, kritisierten die Reformpläne. Unter dem Pseudonym des Korsaren Robert Surcouf protestierte mehrere Offizieren in der Zeitung *Le Figaro* gegen die Armee reform und warnte vor einem „militärischen Abstieg“ Frankreichs. Sarkozy ließ die Autoren vom Geheimdienst suchen und hätte am liebsten die sonst üblichen Ehrungen zum Nationalfeiertag verweigert.

Die Unruhe unter den französischen Soldaten angesichts der Reformen und Einsparungen, beruht auch auf dem Gefühl, nicht ausreichend geschätzt zu werden. Sarkozy lässt regelmäßig seine Wertschätzung für die Polizei erkennen, die Armee ist ihm dagegen fremd. Dies kam auch nach den Ereignissen in Carcassonne Ende Juni zum Ausdruck: Bei einer Vorführung am Tag der offe-

nen Tür hatte ein Soldat irrtümlich mit scharfer Munition in die Menge der Zuschauer geschossen und 17 von ihnen teilweise schwer verletzt. Sarkozy sprach daraufhin von „*nicht hinzunehmender Fahrlässigkeit*“ und kritisierte die Armeegehörigen öffentlich als „*Amateure*“. Der Chef des Heeres, General Bruno Cuche, trat daraufhin empört zurück. Die Vertrauenskrise zwischen Regierung und Militär wurde noch durch die neue „*carte militaire*“ verschärft, die am 24. Juli vorgestellt wurde. Im Rahmen der vorgesehenen Reduzierung der Armee sollen 33 Einheiten verlegt und über 80 Einheiten und Standorte aufgelöst werden. In Deutschland wird der Stützpunkt in Saarburg (Rheinland-Pfalz) bis 2010 geräumt. Die 5 400 französischen Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade sollen jedoch nach Konsultationen mit der Bundesregierung in Müllheim, Donaueschingen und Immendingen stationiert bleiben. Zuvor hatte sich Verteidigungsminister Hervé Morin noch äußerst kritisch über die Zukunft der gemeinsamen Brigade geäußert. Die Kritik aus den betroffenen Gemeinden, die wirtschaftliche Probleme befürchten, wurde von Präsident Sarkozy abgeschmettert: „*Die Armee hat die Aufgabe, die Franzosen zu schützen und das Land zu verteidigen. Sie hat nicht die Mission der Raumordnung.*“ Die Standorte müssten vielmehr nach operationellen Gesichtspunkten organisiert werden. Bis 2014 sollen deshalb 90 „*bases de défense*“ mit zusammengelegten Einheiten aufgebaut werden. Auf diese Weise können Verwaltung und Dienstleistungen vergemeinschaftet, Kosten eingespart und das derzeit bestehende Verhältnis von 60 % Unterstützungskräften zu 40 % Einsatzkräften umgekehrt werden.

Zu der Debatte über die Umstrukturierung der Armee kam nach dem 18. August, als bei einem Hinterhalt nordöstlich von Kabul zehn französische Soldaten getötet und über 20 verletzt wurden, auch eine heftige Diskussion über die Auslandseinsätze der französischen Armee. Ein Bericht in *Le Monde* und eine Fotostrecke in *Paris Match*, die Taliban mit erbeuteter französischer Ausrüstung und Uniformen zeigte, lösten einen regelrechten Schock in der französischen Bevölkerung aus. Die überlebenden Soldaten fühlten sich von ihrer Führung im Stich gelassen und kri-

tisierten die unzureichende Ausrüstung, schlechte Organisation und Vorbereitung des Einsatzes sowie die mangelhafte Unterstützung, die dazu geführt hätte, dass sie von eigenen Verbündeten beschossen wurden. Neben dem offiziellen Bericht gibt es gegenteilige Aussagen, dass einige Soldaten nicht bei Kämpfen getötet, sondern gefangen genommen und hingerichtet wurden. Selbst ein Blitzbesuch Sarkozys in Afghanistan konnte die Stimmung zwischen der Armee und ihrem Oberbefehlshaber nicht verbessern. In der Heimat wird das Engagement Frankreichs am Hindukusch zudem vermehrt infrage gestellt. Die Opposition fordert eine Überprüfung des Einsatzes und verlangt Klarheit über dessen Ziele. Geplant ist auch eine Abstimmung im Parlament über den weiteren Verbleib der Armee in Afghanistan. Grundlage dafür ist der durch die Verfassungsrevision geänderte Artikel 35. Er sieht vor, dass die Regierung bei einer längeren Einsatzdauer eine Genehmigung des Parlamentes einholt. Die Entsendung weiterer Truppen nach Afghanistan im April wurde noch ohne Abstimmung von Präsident Sarkozy entschieden. Damals sprach sich eine Mehrheit der Franzosen bereits gegen eine weitere Aufstockung des Kontingents aus; inzwischen fordern 55 % sogar einen kompletten Rückzug der Truppen.

Das Ansehen der Streitkräfte in der Bevölkerung ist allerdings so hoch wie zuletzt im Jahr 2000: 87 % der Franzosen erklärten in einer Umfrage, dass sie ein positives Bild der Armee haben. Zwischen dem Staatspräsidenten und der Armee ist das Klima dagegen wohl erst einmal vergiftet.

Weiterführende Informationen:

- *Livre blanc sur la défense et la sécurité nationale*: <http://lesrapports.ladocumentationfrancaise.fr/BRP/084000341/0000.pdf>
- Internetseite der Weißbuch-Kommission: www.livreblancdefenseetsecurite.gouv.fr
- Internetseite des Premierministers über die „*carte militaire*“: www.premier-ministre.gouv.fr/chantiers/defense_853/premier_ministre_presente_les_60712.html